

Votum von Christoph Spiess (SD) vom 8. Januar 2014: **NEIN zur Aufhebung der städtischen Einbürgerungs-Richtlinien**

(sinngemässse Zusammenfassung eines frei gehaltenen Votums)

Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen

Wenn man die stadträtliche Vorlage studiert, wird eines sofort klar: Hier geht es durchwegs nur darum, möglichst viele Ausländer einzubürgern. Das wäre ja noch diskutabel, wenn gleichzeitig die massenhafte Neuzuwanderung endlich aufhören würde. Aber es ist ja leider so, dass jeder eingebürgerte Ausländer sofort durch mindestens einen Neueinwanderer ersetzt wird. Es ist schon schlimm genug, dass die Gemeinden etwa bei der Hälfte der Einbürgerungen nichts mehr zu sagen haben, weil entweder der Bund allein entscheidet (bei der erleichterten Einbürgerung) oder der Kanton einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung (!! gibt (bei in der Schweiz geborenen Bewerbern). Aber uns bleibt doch wenigstens bei rund 50 % der Einbürgerungen noch ein Spielraum, um eigene, strengere Bedingungen aufzustellen.

Was hat denn der Stadtrat dagegen, dass die Einzubürgernden "dem schweizerischen Wesen angepasst" sein müssen? Genau darum geht es doch bei der Einbürgerung! Und was ist daran schlecht, dass die bestehenden Richtlinien "auf einer von der Zwischenkriegszeit geprägten Denkweise basieren". Auch das ist doch gut: Damals, unter dem Eindruck einer heraufziehenden äusseren Bedrohung, hatte man noch etwas mehr Selbstbewusstsein und trat energisch für den Fortbestand der Schweiz ein! Und was spricht dagegen, dass der zwölfjährige Aufenthalt in der Schweiz ununterbrochen sein muss? Das sei wegen der heutigen erhöhten Mobilität "unverhältnismässig", findet der Stadtrat. Dabei ist doch gerade diese immer grösser werdende Mobilität das Problem und soll nicht noch erleichtert werden! Wieso sollen wir darauf verzichten, dass die Einzubürgernden Mundartkenntnisse haben müssen? "Schwizertütsch" ist doch unsere Sprache, unsere Kultur. Dass kann man gar nicht "zu stark gewichten". Kein Grund besteht schliesslich auch, die Veröffentlichung der Bürgerrechtsgesuche samt Einsprachemöglichkeit abzuschaffen. Diese ist in den anonymen Verhältnissen einer Grossstadt sehr wichtig, denn die Behörden können oft gar nicht beurteilen, ob jemand integriert ist – die Nachbarschaft aber schon!

Wir Schweizer Demokraten fordern Sie eindringlich auf, die bisherigen Bürgerrechts-Richtlinien bestehen zu lassen.

Hinweis: Die Vorlage wurde leider mit 79 gegen 41 Stimmen angenommen.